

Geht der Aufschwung im Öl baden?

Das Elend mit der deutschen und der europäischen Wirtschaftspolitik in der dritten Ölpreiskrise

von
Heiner Flassbeck
(WuM, Dezember 2000)

Der Bundesverband der deutschen Industrie ahnt es, die Märkte antizipieren es, die Institute und der Sachverständigenrat prognostizieren es, die Regierungen fürchten es, die Opposition freut es (klammheimlich natürlich nur), die Europäische Zentralbank ignoriert es: Der schöne Aufschwung, der Europa seit Mitte 1999 aus dem sprichwörtlichen heiteren Himmel überkommen hatte, überschreitet gerade eben seinen Höhepunkt. Überrascht scheint aber niemand zu sein. Waren nicht vor einigen Wochen alle noch der festen Überzeugung, dieser Aufschwung habe einen langen Atem, die europäische Wirtschaft werde 2001 die USA beim Wachstum überholen und dank der „New Economy“ eine lange Phase der Prosperität erleben, wie sie die USA in den 90er Jahren so eindrucksvoll vorgeführt haben?

Das Öl ist an allem schuld. Die Scheichs und die „Konzerne“ (ein Begriff, der in der „modernen“ Wirtschaftspolitik nur im Zusammenhang mit Öl benutzt werden darf) spielen wie schon zweimal in den letzten 30 Jahren schamlos mit ihrer Macht und unserem Aufschwung, indem sie den europäischen Volkswirtschaften den Lebenssaft verteuern. Was tun? Guter Rat ist offenbar teuer. Der BDI hat wie immer als erster den Stein der Weisen gefunden: Weil sich die Konjunktur abschwächt, verkündet er, müßten jetzt endlich die schon lange notwendigen Strukturmaßnahmen im sozialen Netz und am Arbeitsmarkt in Angriff genommen werden. Das ist etwa so, als ob ein Mediziner einem an Schnupfen leidenden Patienten erklärt, jetzt biete eine harte Chemotherapie die einzige Überlebenschance.

Die Institute und der Sachverständigenrat enthalten sich ernstzunehmenden Vorschlägen für eine Therapie vollständig und setzen auf Aussitzen. Die Regierungen in Europa äußern sich erst gar nicht zu der Frage, ob man etwas machen könnte, um nicht von den Märkten mißverstanden zu werden und den Euro weiter zu schwächen. Die europäische Zentralbank schließlich betont zu aller Überraschung, daß sie „auf mittlere Sicht“ konsequent die Inflation bekämpfen werde, wo und wann immer es kurzfristig notwendig ist. Die deutsche Regierung sichert gerade die Rente für 2030, da kann sie sich nicht auch noch darum kümmern, was 2001 und 2002 geschieht.

Das ist schon beeindruckend: Die Wirtschaften dieser Welt wurden bereits zweimal in 30 Jahren von einer Ölpreisexplosion in den Sumpf gezogen, davon zu lernen, wie man das verhindert, ist die Wirtschaftspolitik in Europa aber weiter denn je entfernt. Wie könnte das anders sein, werden manche sagen, damals bekämpften die wichtigsten deutschen Kabinettsmitglieder doch noch den Kapitalismus als solchen und konnten und wollten sich nicht mit der Rettung desselben auseinandersetzen. Müssen wir also alles noch einmal durch bittere Erfahrung lernen? Vermutlich, denn schon die ersten Anzeichen sprechen eine klare Sprache.

Die einzigen, die ganz offensichtlich aus den beiden vergangenen Ölpreiskrisen etwas gelernt haben, sind die Gewerkschaften. Ausgerechnet sie aber werden von allen Seiten lauthals gemahnt, die alten Fehler nicht zu wiederholen. Die Gewerkschaften hatten damals in der Tat versucht, sich durch höhere Lohnsteigerungen dem Realeinkommensverlust der Ölpreissteige-

rung zu entziehen. Das ist kläglich gescheitert, weil die Unternehmen die höheren Kosten in den Preisen weitergaben und die Notenbanken auf die Inflationsgefahr mit kräftigen Zinssteigerungen reagierten, die wiederum die Investitionen und die Beschäftigung hart trafen. Ein weltweiter Anstieg der Arbeitslosigkeit war die Folge.

Heute dagegen sind die Lohnabschlüsse in Europa und im Rest der Welt extrem moderat. Die Zuwachsraten der Lohnstückkosten, also Lohn-minus Produktivitätssteigerungen, liegen ganz nahe bei Null und sind damit stabilitätsgerechter als jemals seit dem Zweiten Weltkrieg. Deutschland spielt hier eine Vorreiterrolle. Mit den diesjährigen Abschlüssen, die bis Ende 2001 wirken, haben die Tarifpartner eine enorme Vorleistung in Sachen Stabilität der Preise erbracht. Nimmt man die sehr moderate Lohnpolitik in Frankreich mit ins Bild, ist es keine Übertreibung zu sagen, daß es niemandem - weder Irland noch Spanien - in der Europäischen Währungsunion gelingen wird, bis Ende 2001 eine Inflation zu erzeugen, weil er damit sofort massiv an Wettbewerbsfähigkeit gegenüber den beiden großen Wirtschaftsnationen verlieren wird und die Folgen über kurz oder lang in seiner Außenhandelsbilanz in Form von Marktanteilsverlusten und am Arbeitsmarkt zu sehen sein werden.

Wenn es eine gesicherte Erkenntnis in der Makroökonomie gibt, dann ist es der auf mittlere Sicht sehr enge Zusammenhang zwischen Lohnstückkosten und Preisen (Abbildung). Die Löhne sind für die Gesamtwirtschaft der einzige bedeutende Kostenfaktor, da außer den importierten Vorleistungen alle Güter mithilfe von Arbeit hergestellt werden. Steigt der Preis der Importe einmal stärker, wie jetzt der Preis von Öl, erhöht sich zwar das Preisniveau als solches. Die Inflationsrate jedoch, also das Wachstum des Preisniveaus, nimmt dadurch nur genau ein Jahr lang zu und fällt dann wieder auf den von den Löhnen festgelegten Anstiegspfad zurück. Mit dem eigentlichen Ziel der Notenbank, dem Preisanstieg auf „mittlere Sicht“, haben die Effekte des Ölpreises und der Euroschwäche gerade nichts zu tun. Folglich sollte sie diese schlicht ignorieren.

Die Europäische Notenbank aber tut das Gleiche wie ihre Vorgänger bei den beiden früheren Ölpreisrunden und damit genau das Gegenteil des Richtigen: Sie erhöht die Zinsen. Sie wittert, wie einst die Bundesbank Inflationsgefahren in den aktuellen Preisen, obwohl die Lohnpolitik diesmal völlig richtig liegt. Schon sechsmal in diesem Jahr hat sie zugeschlagen. Inzwischen liegt in Europa der kurzfristige, von der Notenbank festgelegte Zins mit 4,75 % fast so hoch wie der langfristige mit 5,3 %. Der langfristige wird einerseits vom kurzfristigen beeinflusst und andererseits vom weltweiten Angebots und der Nachfrage nach Kapital. Genau hier liegt der Knackpunkt für die Rolle der Notenbank bei einem Ölpreisschock.

Ein Ölpreiserhöhung ist das, was die Ökonomie einen negativen Angebotsschock nennt. Das Angebot an Öl an den Märkten wird teurer und unser Realeinkommen sinkt, wenn wir kurzfristig die gleiche Menge Öl wie vorher konsumieren, weil wir nicht verzichten oder ausweichen können. Das ist bitter für uns, weil wir weniger andere Güter außer Öl kaufen können. Es ist aber grundsätzlich kein Problem für die weltwirtschaftliche Entwicklung, weil ja an anderer Stelle der Welt zur gleichen Zeit jemand mehr Geld zur Verfügung hat („der Ölscheich“) und folglich genau die anderen Güter kaufen kann, auf die wir schweren Herzens verzichten mußten. Nur wenn der Ölscheich das nicht tut - vielleicht weil er schon 12 Mercedes und 3 Rolls Royce besitzt - gibt's ein Problem. Wenn der Ölscheich mehr von „unserem“ Geld spart, als wir das getan hätten, gibt es weniger Nachfrage auf der Welt und die Gewinne der Unternehmen sinken. Dann haben wir neben dem Angebotsschock auch noch einen negativen Nachfrageschock. Das müssen offenbar alle die meinen, die von der Bedrohung des Aufschwungs durch die Ölpreise reden.

Was aber macht der Ölscheich mit dem überschüssigen Geld? Verbuddelt er es im Sand oder legt er es im Westen an, weil er hier doch ein paar Zinsen dafür kriegt? Die Antwort ist einfach: Er muß es im Westen, also bei seinen Kunden wieder anlegen, weil die sonst die höhere Ölrechnung gar nicht bezahlen können. Der Transfer von Realeinkommen hin zu den Ölproduzenten kann bei einer höheren Sparquote der Ölproduzenten nur zustande kommen, wenn diese den Ölkonsumenten das Geld zum Kauf des teureren Öls leihen. Würden sie das nicht tun, müßten wir uns sofort anpassen, also weniger Öl konsumieren. Das nannte man früher das „Recycling der Petrodollars“.

Das funktioniert aber nur dann reibungslos, wenn die langfristigen Zinsen kräftig sinken. Nur dann gibt es eine Chance, daß das zuströmende Kapital aufgenommen und investiert wird, obwohl die Gewinne der Unternehmen schrumpfen. Die Geldpolitik muß das unterstützen, indem sie ihre Zinsen senkt oder auf sehr niedrigem Niveau hält. Hebt sie dagegen die kurzfristigen Zinsen an, weil sie unberechtigte Angst vor der einmaligen Ölpreisssteigerung hat, bleiben die langfristigen Zinsen höher als es notwendig wäre und die Konjunktur wird geschädigt. Nach der asiatischen Krise hatten die Notenbanken der Welt die Lektion vom Nachfrageschock noch verstanden und die Zinsen gesenkt. Jetzt sind sie geblendet von den monatlichen Inflationsmeldungen und tun genau das Falsche.

Und der Staat? Die europäischen Regierungen inklusive der deutschen vermitteln nicht den Eindruck, daß sie diese Problematik überhaupt bewegt. Bisher haben sie sich nur auf das Glück des schwachen Euros verlassen und den Blick weit über den Horizont auf ferne Ufer der niedrigen Steuern und der Sicherung der Renten gerichtet. Gespart haben sie und damit die Aufgabe der Geldpolitik noch schwieriger gemacht. Die deutsche wird durch Zufall im nächsten Jahr das Richtige tun und die Steuern senken bei steigenden öffentlichen Defiziten. Ob das wirklich hilft, ist allerdings noch offen. In diesem Jahr hat sie nämlich mit Hilfe von UMTS einige Unternehmen massiv zur Kasse gebeten hatte. Können die einen Teil der 100 Mrd. DM schon bald an die Verbraucher überwälzen oder investieren weniger, ist der schöne Effekt der Steuerreform schnell futsch. 2002 soll dann ohnehin wieder gespart werden. Zu allem Überflus soll auch noch die Ersparnis der privaten Haushalte angeregt werden - wg. Rente in 2030! Gelänge das, wäre kaum noch Hoffnung für den Aufschwung und die Investitionen, die die einzige ernstzunehmende Form der Ersparnis sind.

Die Rechnung mit dem langanhaltenden Aufschwung in Europa wird nicht aufgehen. Der Export trägt nicht weiter, wenn der Euro auf einen Normalwert steigt und der amerikanische Konsumboom zu Ende geht. Europa hat weder von Seiten der Geldpolitik noch von Seiten der Finanzpolitik Vorsorge für den Fall getroffen, daß es nachfrageseitig auf den eigenen Füßen stehen muß. Der naive Glaube, Wachstum werde vom Himmel fallen, wenn man nur allenthalben dereguliert und liberalisiert, ist schon jetzt wiederum als Irrglaube entlarvt. Wer sich nicht um die kurze Frist bekümmert, kann auch die lange nicht gewinnen. Die amerikanische Wirtschaftspolitik hat in den 90er Jahren gezeigt, wie man einen Boom am Leben halten kann, der von den meisten „Experten“ schon vor vielen Jahren für tot erklärt wurde. In Europa ist nichts dergleichen zu erwarten. Das liegt nicht daran, daß Europa nicht das wirtschaftliche Potential oder die geeigneten Instrumente hätte. Das liegt allein an den von Amerika längst abgelegten Dogmen von Reagan und Thatcher, die unsere alten 68er offenbar tief inhaliert haben, nachdem sie erkannten, daß der Kapitalismus als solcher nicht zu besiegen ist.